



Liebe Leserin, lieber Leser,

zu Anfang meines Newsletters möchte ich Euch auf zwei Termine am morgigen Mittwoch hinweisen, die sinnbildlich für meine Arbeit in diesen Tagen stehen: vor Ort werde ich den Bürgerinnen und Bürgern von 16 bis 18 Uhr mit einer Telefonsprechstunde Frage & Antwort stehen. Und bei einer virtuellen Veranstaltung morgen um 20 Uhr wird es um die internationale Dimension der Corona-Pandemie gehen.

Auch in den letzten Wochen war ich immer wieder extrem berührt von den Geschichten vieler Menschen bei uns vor Ort, die mit viel Herz, Solidarität und einer positiven anpackenden Art auf die aktuelle schwierige Herausforderung reagieren. Die Pflegerin, die jeden Tag gegen das Virus und seine Folgen kämpft und dabei für Mitmenschlichkeit gegenüber ihren Patientinnen und Patienten eintritt. Die Eltern, die Kinderbetreuung und Job in dieser extrem belastenden Situation meistern. Die Unternehmerin, die zu ihrer Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht. Mit diesem Zusammenhalt können wir diese schwierige Krise meistern.

Die Corona-Pandemie trifft alle Menschen, jedoch die Schwächsten und Ärmsten mit besonderer Wucht - auch weltweit. Auch die ökonomischen Folgen sind sehr ungleich verteilt: Während viele Länder Europas, die USA und auch China in der Lage sind, gigantische Hilfspakete für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu schultern, sind folgenschwere Wirtschafts- und Währungskrisen für viele schwächere Länder deutlich wahrscheinlicher. Humanitäre Krisen und Konflikte drohen sich weiter zu verschärfen. Demokratie, Menschenrechte und Sicherheit geraten angesichts der Pandemie weltweit unter noch mehr Druck. Darüber, wie wir angesichts dieser Herausforderungen international Solidarität zeigen können und müssen, spreche ich morgen um 20 Uhr gemeinsam mit Toni Hofreiter bei unserer Online-Veranstaltung *Globaler Schulterschluss statt „rette sich wer kann“* mit Anna-Katharina Hornidge vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, der Wirtschaftsweisen Monika Schnitzer und Thilo Hoppe von Brot für die Welt. Ich freue mich, viele von Euch und Ihnen bei der Diskussion zu sehen. [Hier der Link zur Anmeldung und zum Livestream.](#)

Liebe Grüße und bleiben Sie gesund!

Agnieszka Brugger



Waffen- und Sprengstofffund bei einem KSK-Soldaten: neue Qualität der Bedrohung

Hitlergrüße, Nazi-Rock, Chatgruppen mit Gewaltphantasien - jetzt wurde offensichtlich ein Waffenversteck bei einem KSK-Soldaten gefunden. Da kann Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer nicht mit dem üblichen Statement zur Tagesordnung übergehen. [Wir werden hier im Verteidigungsausschuss Informationen und Konsequenzen mit Nachdruck einfordern.](#)

Die Mehrheit der Menschen in der Bundeswehr steht fest auf dem Boden unseres Grundgesetzes. Für Rechtsextremisten darf es keinen Platz im KSK oder sonst wo in der Bundeswehr geben, jeder Fall ist einer zu viel und untergräbt das Vertrauen in unsere Sicherheitskräfte.



Online-Gespräch mit VAUDE zu unternehmerischer Verantwortung in der Krise

Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Bundestag Matthias Gastel habe ich in einer Online-Veranstaltung mit Antje von Dewitz und Jan Lorch von der Firma Vaude über unternehmerische Verantwortung in dieser Krisen-Zeit gesprochen. Wer Antje von Dewitz noch nicht kennt, hat echt was verpasst. Sie zeigt mit viel guter Laune und Herzblut, dass es in der Krise und darüber hinaus keine Unmöglichkeit ist, wirtschaftlichen Erfolg, Ökologie, Soziales, Familienfreundlichkeit und Integration miteinander zu verbinden - auch wenn es sicher oft eine krasse Herausforderung ist. Besonders beeindruckend fand ich den Appell für verbindliche ökologische und soziale Standards und die Haltung für ein Lieferkettengesetz. [Hier geht es zu einem Bericht der Schwäbischen Zeitung über unsere Veranstaltung.](#)



taz-Interview zu Atomwaffen

Atomwaffen-Befürworter*innen nennen die Forderung nach einem Abzug der US-Atomwaffen ja gerne naiv. Aber sich hinter den Atommächten zu verstecken und Aufrüstung zuzuschauen und mitzufördern, führt sicher nicht zu mehr Sicherheit.

Die taz hat mich angesichts der aktuellen Debatte über die nukleare Teilhabe interviewt. Wir haben über Donald Trump und seine Eskalationsrhetorik und über die Nachfolge der Tornados für die Bundeswehr gesprochen und darüber, warum wir Grüne für die Vision einer atomwaffenfreien Welt kämpfen und unsere Forderungen dazu nicht in vorausseilendem Gehorsam abschieben - auch wenn Gegenwind kommt. [Hier geht es zum ganzen Interview.](#)



Diskussion in Wangen zu "sicheren Häfen"

An den Außengrenzen zu Griechenland und auf den Inseln herrschen dramatische Zustände. Auf den griechischen Inseln kampieren rund 42.000 Geflüchtete. Im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos gibt es schon seit geraumer Zeit katastrophale Zustände, die durch das Corona-Virus besonders zur Gefahr für die vielen Menschen dort werden. Es ist toll, dass sich viele Menschen in Wangen angesichts der aktuellen schwierigen Corona-Krise auch Gedanken um die Schwächsten auf der Welt machen, die darunter besonders leiden. [Deshalb habe ich gemeinsam mit meiner lieben Kollegin Petra Krebs die Diskussion um sichere Häfen begrüßt.](#)

Kommunen können sich zu einem sicheren Hafen erklären. Die außerordentliche Zahl von 144 anderen Städten, Landkreisen und Gemeinden in Deutschland hat diesen Prozess bereits angestoßen und ein klares Signal für Aufnahmebereitschaft aus den Kommunen an die Bundesregierung gesendet. Das bedeutet in einem ersten Schritt, dass sich Kommunen gegenüber der Bundesregierung für die Einrichtung



Mission IRINI im Mittelmeer

Es ist richtig, dass das Waffenembargo in Libyen überwacht wird. Dazu haben die EU-Staaten eine gemeinsame Mission auf den Weg gebracht, über die wir auch im Bundestag debattiert haben. Aber die Ausbildung und Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache im Rahmen dieser Mission Irini ist hochproblematisch, weil deren Mitglieder teilweise nachweislich Menschenrechte verletzen.

In der EU braucht es für eine Mission einen einstimmigen Beschluss. Das haben Sebastian Kurz und Victor Orban ausgenutzt, um bei Irini einen zynischen Mechanismus rauszuverhandeln, mit dem eine Regierung einen kurzen Operationsstopp verlangen kann, wenn sie der Ansicht ist, dass zu viele Menschen gerettet werden. Die brutale Realität ist aber: wenn niemand auf dem Mittelmeer rettet, dann gibt es nicht weniger Geflüchtete, sondern mehr Tote. [Das habe ich auch in meiner Rede zur Mission deutlich gemacht.](#)

neuer und die Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze anbietet.



Foreign Policy: Debatte zur Rolle Deutschlands in der Corona-Krise

Mit der Foreign Policy habe ich über die Rolle der Bundesregierung international in der Corona-Krise gesprochen. Jedes Land sollte, soweit möglich, denen helfen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Während ich die konkreten Solidaritätsmaßnahmen begrüßt habe, die es von deutscher Seite gab, habe ich auch deutlich gemacht: eigentlich wäre so viel mehr Unterstützung möglich. Gerade die europäische Solidarität hat leider Wochen darunter gelitten, dass die Bundesregierung aus ideologischen Gründen effektiven Maßnahmen blockiert hat. [Hier geht es zum Artikel in der Foreign Policy.](#)



Botschaft zum Europatag: gemeinsam, europäisch, solidarisch!

Nur gemeinsam, europäisch und solidarisch werden wir durch diese schwierige Zeit kommen. Am Europatag haben wir die EU gefeiert - diese einzigartige Errungenschaft, die uns Frieden, Demokratie und eine wertvolle Verbindung mit all unseren Nachbar*innen schenkt.

Und doch schmerzen gerade heute all die Unvollkommenheiten und die engstirnigen nationalen Blockaden der Regierungen besonders: geschlossene Grenzen und zerrissene Familien, eine hartherzige Koalition in Berlin, die den Nachbarn aus ideologischen Gründen Hilfe verweigert, oder auch der Umgang mit den Schutzsuchenden, der nichts mit europäischen Werten zu tun hat.

Wir geben nicht auf und werden weiter jeden Tag an unserem europäischen Zuhause bauen - das vereint und verbindet uns mit so vielen Menschen auf unserem Kontinent.



Friedenseinsatz MINUSMA in Mali

Die Lage in Mali erfüllt uns mit großer Sorge. Dass die UN ihre Ziele nicht erreichen können, hat viel mit der mangelnden Unterstützung der Mitgliedsstaaten zu tun. Die Probleme lassen sich aber nicht durch mehr Militär lösen, sondern es braucht endlich mehr politischen Druck auf die Konfliktparteien, um das Friedensabkommen umzusetzen.

Aufgrund der aktuellen Berichte über Waffenfunde bei einem KSK-Soldaten bin ich auch auf die Rede von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer eingegangen und habe schnelle Aufklärung und Transparenz gefordert. [Hier geht es zur ganzen Rede.](#)

[Auf Twitter folgen](#) | [Auf Facebook](#) | [Auf Instagram](#)

Sie wollen sich austragen? Kurze Mail an agnieszka.brugger@bundestag.de genügt